

**DEKRETTENTWURF ZUR ERSTEN ANPASSUNG DES DEKRETS VOM
3. DEZEMBER 2009 ZUR FESTLEGUNG DES HAUSHALTSPLANS DER EINNAHMEN
UND DES ALLGEMEINEN AUSGABENHAUSHALTSPLANS DER
DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2010 –
DOKUMENT 5-HH2010-1. ANPASSUNG (2009-2010) NR. 3**

DISKUSSION UND ABSTIMMUNG

DER PRÄSIDENT: Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Unterrichts-, Ausbildungs- und Beschäftigungshaushalt steht in absoluter Kontinuität zum Ursprungshaushalt. Darin hat sich wenig verändert, und das ist gut so. Bedeutet es doch, dass die Bildungspolitik auch und gerade in Krisenzeiten die größte finanzpolitische Priorität dieser Regierung bleibt, und zwar sowohl bei den laufenden Ausgaben als auch bei den Investitionen in Infrastruktur. Im Bereich der laufenden Ausgaben investieren wir allein in diesem Jahr mehr als 100 Millionen EUR in die Bereiche Unterricht, Ausbildung

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 28. Juni 2010 - 65 -

und Beschäftigung. Das sind 57 % aller laufenden Ausgaben der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Ich finde, das ist eine eindeutige Schwerpunktsetzung zugunsten kommender Generationen. Allein das Unterrichtswesen erhält in diesem Jahr 88 Millionen EUR und, wenn ich die mittelständische Ausbildung hinzurechne, insgesamt 91 Millionen EUR.

Ich bin froh, dass es uns aufgrund der leicht verbesserten Wirtschaftsparameter bei dieser Anpassung sogar gelungen ist, den Unterrichtshaushalt erneut um 150.000 EUR zu erhöhen. Diese zusätzlichen Mittel sind im Unterrichtswesen wahrlich gut angelegt. Wir werden mit diesem Geld die Einführung von Middle-Management-Strukturen in Schulen vorbereiten. Wir werden konkrete Projekte im Bereich der Lese-Rechtschreib-Förderung unterstützen und werden – wie Frau Kollegin Franzen richtig sagte – Maßnahmen gegen Mobbing und Gewalt in Schulen ergreifen und dabei selbstverständlich, Frau Kollegin, die Eltern in die Konzeptplanung einbeziehen. Wir werden mit diesem Geld auch konkrete Projekte zur Förderung der Musik in Schulen unterstützen. Außerdem werden wir Lehrpersonen neue anspruchsvolle Weiterbildungsmöglichkeiten eröffnen.

Vor allem werden wir mit diesem Geld die Schulen besser und konkreter bei der Umsetzung ihres Auftrags, ihrer Aufgaben und ihrer Rahmenpläne unterstützen. Wir haben in den letzten Jahren viele Untersuchungen und Evaluationen durchgeführt, um mehr über die Stärken und Schwächen unserer Schulen zu erfahren. Nun kommt es darauf an, den Schulen dabei zu helfen, ihre Stärken auszubauen und ihre Schwächen zu beheben. Wenn wir das nicht tun, dann nützen auch die schönsten Studien nichts. Deshalb wird eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre im Unterrichtswesen darin bestehen, effiziente Unterstützungssysteme für Schulen aufzubauen. Damit haben wir bereits in enger Zusammenarbeit mit der Autonomen Hochschule begonnen. Wir werden bereits in den nächsten Monaten Schulentwicklungsberater ausbilden, die konkret in den Schulen bei der Umsetzung der Schulprojekte helfen werden. Wir werden zum Beispiel auch – das ist völlig neu – für jedes Fach, für jeden einzelnen Rahmenplan qualifizierte Fachberater zur Verfügung stellen, auf die die Schulen zurückgreifen können, um sich in pädagogischen Fragen beraten zu lassen. Wir werden zudem neue Kooperationsverträge abschließen, unsere Außenbeziehungen mit Hochschulen, mit Instituten und Universitäten auf internationaler Ebene nutzen, damit unsere Schulen ebenfalls auf deren Know-how zurückgreifen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch der Beschäftigungshaushalt mit seinen 10 Millionen EUR im Jahr 2010 bleibt nahezu unangetastet. Das ist eine gute Nachricht, weil wir gerade die Mittel für Beschäftigung im Ursprungshaushalt im vergangenen Dezember deutlich erhöht hatten und seitdem zahlreiche beschäftigungspolitische Maßnahmen umsetzen konnten. Ich denke zum Beispiel an die finanzielle Unterstützung für Unternehmen, die ältere Arbeitsuchende einstellen, an die Ausbildungsprämien für Menschen, die zur Kurzarbeit gezwungen sind, an die Prämien und Sozialleistungen für Menschen, die von Massenentlassungen betroffen sind, an die Einrichtung einer eigenen Beschäftigungszelle in unserer Gemeinschaft nach flämischem Vorbild und an die Einstellung eines Job- und Vermittlungscoachs beim Arbeitsamt; das diesbezügliche Ausschreibungsverfahren ist angelaufen. Beim Audit des Arbeitsamts kommen wir ebenfalls gut voran, und auch –das würde Kollege Meyer interessieren, wenn er anwesend wäre – der Arbeitskreis für private Arbeitsvermittler wird demnächst eingesetzt werden.

Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten Monaten trotz Finanz- und Wirtschaftskrise sehr deutlich gesunken: von 8,4 % im Januar auf 7,6 % Ende Mai. Das ist aber kein Grund für Euphorie. Es ist noch nicht einmal ein Grund für eine Entwarnung. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt in Ostbelgien ist alles andere als stabil. Sie bleibt sehr angespannt. Deshalb müssen wir wachsam bleiben, unsere beschäftigungspolitischen Instrumente weiter

- 66 - Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

verbessern und ganz im Sinne des Regionalen Entwicklungskonzepts neue innovative Instrumente aufbauen, um im Rahmen unserer Zuständigkeiten einen effizienten Beitrag im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu leisten.

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 28. Juni 2010 - 67 -

Bei den laufenden Ausgaben genießen also Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung mit 57 % aller Mittel eine besondere Priorität. Im Infrastrukturbereich ist die politische Schwerpunktsetzung noch eindeutiger. Schwerpunkt unserer Infrastrukturpolitik ist nicht das Sanatorium, nicht Gospert 42, nicht die AS Eupen. Der Schwerpunkt unserer Infrastrukturpolitik liegt in den nächsten Jahren ganz eindeutig und unbestreitbar bei den Schulen. 80 % aller Infrastrukturausgaben der nächsten Jahre investieren wir in Schulen und Ausbildungseinrichtungen. Das ist eine außerordentliche und, wenn ich richtig informiert bin, in Belgien sogar einzigartige Weichenstellung zugunsten kommender Generationen, eine Weichenstellung, die es uns ermöglichen sollte, unserem Anspruch gerecht zu werden, alle Schulen, alle Ausbildungseinrichtungen in allen Netzen der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht nur in Ordnung, sondern auf einen modernen pädagogischen Stand zu bringen.

Die 210.000 EUR, die wir, Frau Franzen, bei der Leichtathletikbahn an der Bischöflichen Schule in St. Vith einsparen konnten, weil dort sehr effizient geplant wurde, ohne dass die Qualität darunter gelitten hätte, haben wir selbstverständlich in diesem prioritären Schulbaubereich belassen. Wir haben sie ins Gemeinschaftsunterrichtswesen übertragen, um gegebenenfalls auf Sanierungsbedürfnisse reagieren zu können. Es ist einfach eine stille, aber eine öffentlich geschaffene Reserve. Allein daran wird deutlich, Kollege Grommes, dass die Rücklage der Deutschsprachigen Gemeinschaft natürlich nicht nur diese 50.000 EUR umfasst, die Sie eben genannt haben. Allein in der Zuweisung, die ich gerade thematisierte, sind schon weitere 210.000 EUR enthalten.

Ich bleibe dabei, dass Investitionen in die Bildung die besten sind, die wir in Zukunft in unserer Gemeinschaft tätigen können. Zu diesen Investitionen gehört nicht nur, aber natürlich auch das PPP-Projekt in Eupen. Ich nutze die Gelegenheit, mich für das Vertrauen zu bedanken, das das Parlament uns für dieses Projekt ausgesprochen hat. Ich freue mich ganz besonders, dass auch Teile der Opposition diesem Vorhaben zugestimmt haben. Das ist eine konstruktive Botschaft. Es ist vor allem auch eine wichtige

Rückendeckung für die Schulen vor Ort. Dass wir im Zusammenhang mit diesem Verfahren auch Honorarverträge abschließen, scheint mir eine Selbstverständlichkeit zu sein. Es liegt ganz ausdrücklich im Interesse der Deutschsprachigen Gemeinschaft, sich bei einer so großen Investition von 150 Millionen EUR gut und fachgerecht beraten zu lassen. Ich vermute, dass das Vertrauen, das uns entgegengebracht wurde, auch damit zu tun hat, dass wir mit diesem Projekt, mit dem „Eupener Immobilienkarussell“, wie es einige nennen, immer sehr transparent umgegangen sind und dass wir von Anfang an alle Beteiligten und alle Betroffenen einbezogen haben.

Mit der Stadt Eupen haben wir schon vor einigen Jahren anlässlich der Fusion der Übungsschule und der SGU einen Vertrag für dieses PPP-Verfahren abgeschlossen, einen Vertrag, der meines Wissens von Regierung und Stadtrat sogar einstimmig angenommen wurde; Frau Creutz, Sie wissen das besser. Die Verantwortlichen der Stadt Eupen haben von Anfang an in der federführenden Projektgruppe mitgearbeitet. Wir haben die Stadt an federführender Stelle an den Arbeiten beteiligt, um sicherzustellen, dass nicht über sie hinweg geplant wird. Die Stadt Eupen war auch von Anfang an über jeden einzelnen Schritt in diesem Verfahren informiert, ja sie hat sogar jeden einzelnen Beschluss mitgetragen.

Auch die betroffenen Schulverantwortlichen wurden von Anfang an in die Planung einbezogen. Wir haben sie bereits in die Bedarfsanalyse einbezogen, um sicherzustellen, dass nicht an den Bedürfnissen der Schulen, der Menschen vor Ort vorbeigeplant wird. Wir haben uns in mehreren öffentlichen Diskussionsveranstaltungen, die wir zu diesem Projekt gemeinsam mit unseren Experten in Eupen organisiert haben, außerdem bemüht, die Bevölkerung einzubeziehen. Auch das Parlament haben wir, soweit das vergaberechtlich verantwortbar war, immer sehr transparent über den Stand unserer Arbeiten am Schulbauprogramm informiert. Das Plenum und der Ausschuss haben sich

- 68 - Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

mehr als siebenzig Mal mit dem PPP-Projekt beschäftigt, wie ein Ausschussdokument nachweist.

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 28. Juni 2010 - 69 -

Mit dem Bauprojekt der Pater-Damian-Schule und des Staatsarchivs sind wir ähnlich vorgegangen, wie zahlreiche Berichte über Gespräche beispielsweise mit der Stadt Eupen oder auch Ausschussberichte belegen. In diesem Fall muss natürlich berücksichtigt werden, dass für das Bauvorhaben der Pater-Damian-Schule nicht die Deutschsprachige Gemeinschaft, sondern das freie katholische Schulwesen Projektträger ist. Frau Kollegin Arens, ich nehme an, dass der Ministerpräsident noch auf Ihre Interpellation eingehen wird. Was Sie eben über das Eupener Immobilienkarussell gesagt haben, entbehrt aber wirklich jeder Grundlage!

FRAU FRANZEN (*aus dem Saal*): Wir haben ja auch nicht über das Immobilienkarussell gesprochen!

HERR PAASCH, Minister: Dann lese ich Ihnen einmal vor – ich habe es glücklicherweise mitgebracht –, was in der Interpellation von Frau Arens steht: „Diese Mehrheit hat wirklich nicht aus Fehlern gelernt. Weder aus vergangenen Kommunikationsfehlern noch“ – und das sind ganz schlimme Worte – „aus unentschuldbaren Strategiefehlern, wie sie im Zusammenhang mit dem sogenannten Eupener Immobilienkarussell gemacht wurden.“ Das steht in Ihrer Interpellation und das habe ich eben auch so aus Ihrem Munde gehört.

FRAU ARENS (*aus dem Saal*): Sie haben richtig gehört!

HERR PAASCH, Minister: Ja, leider Gottes, denn das, was Sie dazu gesagt haben,

entbehrt wirklich jeder Grundlage, wie ich soeben belegt habe. Wir haben alle Betroffenen und Beteiligten von Anfang an in die Planungen einbezogen, soweit das vergaberechtlich irgendwie zu verantworten war. Die Mitglieder von Ausschuss III wissen das nur zu gut. Ihre Aussagen beweisen, Frau Kollegin, dass Sie diese Akte nicht kennen. Das will ich Ihnen nicht vorwerfen, aber wenn man schlecht informiert ist – und das ist hier nachweislich der Fall –, dann hält man sich am besten mit bissigen Kommentaren zurück. Ich finde, es stünde Ihnen oder Ihrer Fraktion gut zu Gesicht, diese Bemerkung schlicht zurückzunehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ausgabenhaushalt und auch der Infrastrukturplan enthalten beide die richtigen Prioritäten. Wir investieren mehr als die Hälfte unserer laufenden Finanzmittel und sogar 80 % unserer Infrastrukturmittel in Bildung und Ausbildung. Wir setzen die richtigen Schwerpunkte zugunsten von Kindern und Jugendlichen. Deshalb möchte ich Sie bitten, dem Ausbildungs-, Unterrichts- und Beschäftigungshaushalt Ihre Zustimmung zu geben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)

DER PRÄSIDENT: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Die allgemeine Diskussion ist geschlossen. Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über die einzelnen Artikel des Dokuments 5.

[...]

- 86 - Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokuments 5-HH2010 in der abgeänderten Form.

Es stimmen mit Ja Frau L. KLINKENBERG, die Herren H.-D. LASCHET und G. PALM, Frau N. ROTHEUDT, Herr F. SCHRÖDER, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, L. SIQUET, Frau R. STOFFELS, die Herren A. VELZ, B. COLLAS, E. DANNEMARK und E. KLINKENBERG.

Es stimmen mit Nein die Herren A. MERTES, P. MEYER, Frau R. ARENS, die Herren P. ARIMONT, M. BALTER, K.-H. BRAUN, Frau P. CREUTZ, Herr L. FRANK, Frau F. FRANZEN und Herr H. GROMMES.

Es enthält sich der Stimme Herr R. CHAINEUX.

Das Dekret ist mit 13 Jastimmen gegen 10 Neinstimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

(Vom Plenum verabschiedeter Text: – Dokument 5-HH2010-1. Anpassung (2009-2010) Nr. 5)